



WIRTSCHAFT & POLITIK

Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus

Prüfsteine der Berliner Wirtschaft zur Abgeordnetenhauswahl 2021



Zusammenfassung

Am 26. September 2021 wählen die Berlinerinnen und Berliner ein neues Abgeordnetenhaus. Im Wettbewerb der besten Ideen und Konzepte für die Stadt gilt es, den Überblick über die zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre zu behalten. Die Industrie- und Handelskammer Berlin bietet dafür wirtschaftspolitische Leitlinien.

Wer an Berlin denkt, sieht den bunten Mix vor sich: Disruptive Technologien und mittelständische Industriebetriebe, Kotti und Dahlem, Spitzenforschung und Kita – unsere Stadt wagt stets den Spagat. Die Politik muss sich daher besonders ins Zeug legen, wenn sie passgenaue Lösungen schaffen will, ohne sich im Bürokratiedschungel zu verirren.

Berlin steht spätestens seit dem Ausbruch der Corona-Krise vor großen Herausforderungen. Die Zeit der sprudelnden Steuereinnahmen und Haushaltsüberschüsse ist vorbei. Der konjunkturelle Absturz übersteigt die Finanzkrise 2008/2009. Die Konsequenzen für den Berliner Haushalt sind erheblich und bringen nicht nur neue Schulden mit sich, sondern führen auch zu engeren Spielräumen für strukturelle Investitionen.

Die Konsequenz ist klar: Durch kluge konjunkturelle Maßnahmen muss Berlin wieder auf den Wachstumspfad einschwenken. Dazu gehören Investitionen in Digitalisierung, Infrastruktur und Nachhaltigkeit, aber auch eine moderne Verwaltung und die Entwicklung von Fachkräften.

Die vorliegenden Wahlprüfsteine weisen den Weg für kluge politische Maßnahmen, die Berlin wieder zum place to be machen. Sie sind das Ergebnis eines umfangreichen Beteiligungs-, Beratungs- und Abwägungsprozesses der Branchen- und Fachauschüsse und der Vollversammlung der IHK Berlin. Wir freuen uns darauf, unsere Forderungen und Vorschläge mit der Politik intensiv zu diskutieren und die Umsetzung in den nächsten Jahren zu begleiten.

Viele der hier aufgeführten Forderungen der Berliner Unternehmen finden sich auch bei anderen Institutionen der Berliner Wirtschaft wieder, zum Beispiel in den Positionen des Verbands Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) zur Abgeordnetenhauswahl:
vbki.de



Inhalt

Corona-Krisenbewältigung klug fortführen	6
Mit Berlins Talenten mutig aus der Krise kommen	8
Fachkräfte von morgen in den Betrieben ausbilden	10
Digitalisierungserfolge erzielen	12
Mit Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit die Nachhaltigkeit stärken	14
Effizienten und nachhaltigen Wirtschaftsverkehr ermöglichen	16
Wohnungsbau erleichtern – Gewerbe sichern, Quartiere stärken	18
Der Verwaltung einen Modernisierungsschub geben	20
Innovationen made in Berlin zum Wachstumstreiber machen	22
Standortpolitik unternehmensnah gestalten	24
Impressum	26



Corona-Krisenbewältigung klug fortführen

Die Pandemie ist eine Zäsur – die für den Standort wichtige Tourismus-, Kongress- und Veranstaltungswirtschaft ist fast komplett zum Erliegen gekommen. Die Auswirkungen auf die anderen Branchen sind genauso enorm. Dadurch steht Berlins langjähriges Wirtschaftswachstum unter extremem Druck. Großer Einsatzwille sowie die Innovationskraft der Unternehmerinnen und Unternehmer werden Berlin zurück auf den Erfolgspfad führen. Die Politik ist hierbei angehalten, wirtschaftsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen.

Förderlücken schließen

Unterstützungsmaßnahmen des Staates dürfen nicht an den Realitäten der Betriebe vorbeigehen. Programme, die zu restriktive Richtlinien vorweisen, fördern ein Nichtabrufen der Mittel bei gleichzeitigem Bedarf der Unternehmen. Dabei darf es keinesfalls Stützungsmaßnahmen nach dem Gießkannenprinzip geben. Ob Zuschüsse den zu befürchtenden Anstieg von Insolvenzen abschwächen können, bleibt allerdings abzuwarten. Bestehende Maßnahmen sollten bedarfsgerecht angepasst werden. Zusätzlich zu den bisherigen Programmen können außerdem weitere Maßnahmen auf Landesebene notwendig werden, um die Krisenfolgen abzufedern.

Bestehende Förderprogramme anpassen

Die Förderprogramme des Landes müssen einem Corona-Check unterzogen werden, damit diejenigen Unternehmen, die besonders unter den Pandemiefolgen leiden, vorrangig berücksichtigt werden können. Für Einzelunternehmer bedarf es einer geeigneten Förderung, die in der Krise das Bestehen sichert, vor Überschuldung bewahrt und den Selbständigen eine Alternative zur Grundsicherung des ALG II bietet. Genauso sollten auch in den operationellen Programmen der EU-Kohäsionspolitik die Auswirkungen der Pandemie berücksichtigt werden. Es gilt, diese Programme unternehmenszentriert auszurichten. Außerdem sollten Aufwand und Nutzen im Einklang stehen und ihre Abwicklung zeitgemäß – also digital, effizient und unbürokratisch – erfolgen.

FORDERUNGEN

- Mittelstand bei Zuschussprogrammen mitdenken
- Branchenspezifika bei den Hilfsprogrammen berücksichtigen
- Bestehende Förderprogramme so umwidmen, dass sie zur Krisenbekämpfung eingesetzt werden können

Konjunkturprogramme aufsetzen

Die Berliner Wirtschaft besitzt mit ihrer großen Innovationskraft und ihrem unternehmerischen Engagement gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Erholung. Doch ein kluger Dreiklang aus Entlastung, Förderung und Investitionen ist für den schnellen Neustart notwendig. Die Firmen brauchen in einer sehr angespannten Finanzsituation kurzfristige Hilfen. Gerade das Hochfahren der Tourismus- und Kongressbranche muss durch konjunkturfördernde Maßnahmen flankiert werden. Die Betriebe müssen sich außerdem insbesondere mit Blick auf den Einsatz digitaler und klimaschonender Technologien auf passgenaue Förderinstrumente verlassen können. Zudem können öffentliche Investitionen, verbunden mit einem unbürokratischen Vergaberecht, wichtige Wachstumsimpulse für die regionale Wirtschaft auslösen. Grundpfeiler der Erholung sind die unternehmerische Freiheit – die auch nachhaltige Geschäftsmodelle fördert – und der Impuls zur Wirtschaftlichkeit im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Grundsätzlich sollten die konjunkturstützenden Maßnahmen außerdem dazu beitragen, dass Berlin in seiner Transformation hin zu einer klimafreundlichen Stadt unterstützt wird.

Corona-Kosten finanzieren

Die Corona-Krise belastet die öffentlichen Haushalte sehr stark sowohl im Hinblick auf die höheren Ausgaben des Staates für Stützungsmaßnahmen und Hilfspakete als auch im Hinblick auf die geringeren Steuereinnahmen. Das Land ist dazu angehalten, auch in Krisenzeiten die Schuldenbremse als tragfähige Grundlage der Haushaltspolitik zu berücksichtigen. Zusätzliche Kreditaufnahmen sind daher einzig und allein zur Bewältigung der Pandemie legitim und nicht zum Zwecke weiterer Finanzierungsbedarfe.

Verordnungen maßvoll einsetzen, Wiederanfahrt in Aussicht stellen

Drängender als weitere Verordnungen und Verbote ist die Durchsetzung bestehender Regeln. Die von den Schließungen betroffenen Unternehmen haben erhebliche Anstrengungen unternommen, neue Hygienestandards zu entwickeln und diese umzusetzen. Regelverstöße müssen geahndet und eine schnellere Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter muss gewährleistet sein. Dabei muss stärker auf digitale Lösungen gesetzt werden. Sind Verbote unumgänglich, müssen Öffnungsperspektiven und Wiederanfahrpläne skizziert und transparent dargestellt werden.

Anlage 3 zum Protokoll: Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021



FORDERUNGEN

- Konjunkturprogramme aufsetzen
- Einer expansiven Fiskalpolitik über die direkten Bedarfe hinaus Einhalt gebieten
- Öffnungsperspektiven aufzeigen und nachhaltige Konzepte entwickeln
- Planungssicherheit bei etwaigen erneuten Schließungen geben
- Die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft nicht behindern
- Öffnungen durch Dreiklang aus Testen, Impfen und Hygienestandards ermöglichen



Online weiterlesen





Mit Berlins Talenten mutig aus der Krise kommen

Berlins Fachkräfte- und Arbeitsmarktpolitik steht vor Herausforderungen wie lange nicht mehr – der Corona-Schock auf den Arbeitsmarkt sitzt tief. Dennoch wird die Wirtschaft wieder wachsenden Fachkräftebedarf haben. Gute Bildung, nachhaltige Arbeitsvermittlung und bedarfsgerechte Qualifizierung müssen im Kontext des Strukturwandels dauerhaft Perspektiven schaffen.

Mit Schulqualität Fachkräfte sichern

Die Bildungsarmut vieler Berliner Schüler gefährdet die Fachkräftesicherung. Angesichts der Ergebnisse in bundesweiten schulischen Vergleichsarbeiten wird deutlich, dass Berlin weiterhin einen enormen Handlungsbedarf hat. In der kommenden Legislaturperiode muss daher die Absicherung sprachlicher, mathematischer und digitaler Kompetenzen im Fokus stehen. Dafür bedarf es nicht mehr Geld, sondern einer besseren Steuerung der vorhandenen Mittel und Förderprogramme sowie der gezielten Unterstützung von Schulen und Lehrkräften. Bei der sachgerechten Ausstattung der Schulen müssen die Bezirke in die Pflicht genommen werden, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Mehr duales Studium in KMUs ermöglichen

Neben der dualen Ausbildung ist das duale Studium ein Grundpfeiler der Fachkräftesicherung. Berlin hat mittlerweile eine Roadmap Duales Studium, die im Kern die Schaffung zusätzlicher dualer Studienplätze v. a. im MINT-Bereich fordert, verbindliche Qualitätsstandards fixiert und die Einrichtung einer Landesagentur Duales Studium empfiehlt, die Unternehmen und Schulabgänger berät und qualitätssichernd wirkt. Speziell für KMU sollte es beim dualen Studium die Möglichkeit der Verbundausbildung geben, damit deutlich mehr kleine Unternehmen von dieser Ausbildungsform profitieren können. Der Fahrplan liegt auf dem Tisch, jetzt müssen die Vorschläge zeitnah umgesetzt werden.

FORDERUNGEN

- Für gute Schulbildung Empfehlungen der Qualitätskommission umsetzen
- Mathematischen, digitalen und sprachlichen Kompetenzerwerb in den Schulen sicherstellen
- Für ein modernes Arbeitsrecht einsetzen
- Jetzt den Strukturwandel gestalten und die Digitalisierung vorantreiben



Passgenau Zukunftsjobs fördern

Damit der Arbeitsmarkt resilienter gegenüber Krisen wird, bedarf es vor allem Investitionen in die Berliner Innovationssektoren. Diese versprechen zusätzliches Beschäftigungswachstum. Einwanderungsprozesse von Hochqualifizierten müssen schnell und unbürokratisch erfolgen. Der Strukturwandel verändert den Arbeitsmarkt, der institutionelle Rahmen muss diese Veränderung ermöglichen. Das Vorbeschäftigungsverbot verhindert hier z. B. ein rasches Zusammenkommen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage. Weiter hat es Priorität, Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen. Passgenaue Vermittlung und Requalifizierung bleiben zentral, um die Langzeitfolgen der Corona-Krise effektiv in den Griff zu bekommen. Schon jetzt zeigt sich, dass viele Beschäftigte für ihre derzeitige Tätigkeit überqualifiziert sind und an anderer Stelle als wichtige Fachkraft benötigt würden.

Neue Chancen für Vereinbarkeit

Um die Dauerkombination „Personalmangel und große Kitaplatz-Lücke“ zu lösen, sind langfristige Investitionen in Qualität und Quantität nötig, müssen Zuständigkeiten klar sein, unternehmerisches Engagement gefördert werden,

aber auch ein einheitliches Flächen- und Grundstücksmanagement unterstützt werden. Es fehlen Anreize, wie die Einführung von Familienarbeitszeit, damit der Erwerbsumfang von Frauen und Männern nicht weiter auseinanderklafft. Vereinbarkeit bedeutet auch flexibles, digitales Arbeiten samt Jobsharing und Sabbaticals. Hier hält das analoge Arbeitsrecht längst nicht mehr Schritt. Um Beschäftigten maximale Flexibilität zu bieten, bedarf es eines Übergangs zur Höchstwochenarbeitszeit sowie einer Neuregelung der Ruhezeiten.

Fort- und Weiterbildung heißt Zukunftssicherung

Kompetenzaufbau ist Katalysator der (Nach-)Krisenbewältigung und die Antwort auf eine sich wandelnde Arbeitswelt. Fort- und Weiterbildungsaktivitäten müssen daher einfach zugänglich und betriebsnah sein. Zentral sind die Bedarfe von KMU und eine unbürokratische Beantragung von Fördermitteln. Die Qualifizierungsoffensive der Bundesagentur für Arbeit und auch die Honorierung von Weiterbildung während Kurzarbeit ab Juli 2021 (Erstattung von Sozialleistungen) müssen umfassend kommuniziert werden.

FORDERUNGEN

- Unternehmensnahe Integrationsmaßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit
- Jugendarbeitslosigkeit unter Bundesdurchschnitt senken
- Fachkräfte schnell und passgenau vermitteln
- Flächendeckenden Zugang zu berufsbezogenen Deutschkursen garantieren
- Weiterbildungslücke zwischen Hoch- und Geringqualifizierten schließen
- Betriebliche Weiterbildung realitätsgerecht gestalten

Jugendliche auf Arbeitssuche leiden besonders unter der Krise – in einem Jahr ist die **Arbeitslosenquote** bei den unter 25-Jährigen um **40 Prozent gestiegen.**

OnLine weiterlesen





Fachkräfte von morgen in den Betrieben ausbilden

Der Großteil des Berliner Fachkräftebedarfs liegt im Bereich beruflich Qualifizierter. Marktnahe Ausbildung trägt entscheidend dazu bei, diesen Bedarf zu decken und muss – mit der gebotenen Weitsicht – gerade in Zeiten der Krise und der langsamen wirtschaftlichen Erholung wieder stärker in den Fokus genommen, gestärkt und zukunftsfest aufgestellt werden.

Erfolgreich zur Ausbildung coachen
 Betriebe schaffen Ausbildungsplätze entlang ihrer Fachkräftebedarfe. Damit bieten sie berufliche Perspektiven und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diese Vorteile müssen in der Berufsorientierung und -beratung stärker kommuniziert werden. Das gilt auch für die Vermittlung in betriebliche Ausbildung: Schüler sollten im letzten Schuljahr konkrete Vermittlungsvorschläge erhalten und im Bewerbungsprozess von den Berufsberatern der Berufs- und Studienorientierungsteams intensiv gecoacht werden. Gleiches gilt für Schulabgänger und Absolventen: Jeder in der Statistik gemeldete Bewerber sollte an mindestens einem persönlichen Beratungsgespräch teilnehmen und mit Vermittlungsvorschlägen erreicht werden.

Bei nicht aktiven Bewerbern sollte verpflichtend eine aufsuchende Beratung erfolgen.

Gymnasien in die Pflicht nehmen
 Integrierte Sekundarschulen sehen Berufsorientierung ab der siebten Jahrgangsstufe vor. In Gymnasien hingegen gibt es trotz steigender Schülerzahlen kein vergleichbares Schulfach. Künftig sollte die Berufsorientierung auch an Gymnasien noch stärker in den Fokus gerückt und über Chancen und Perspektiven der dualen Ausbildung informiert werden. Der Ergänzungskurs „Studium und Beruf“ sollte flächendeckend angeboten werden, denn auch die Hochschulen beklagen die mangelnde Studienorientierung und hohe Abbrecherquoten der Studienanfänger.

FORDERUNGEN

- Vermittlung in Ausbildung durch Coaching stärken
- Berufsorientierung auch an Gymnasien sicherstellen



Berufliche Bildung attraktiv machen

Berlin muss den Fokus wieder auf die betriebliche Ausbildung richten. Dazu gehört es, Ausbildungsbetriebe in der Krise zu unterstützen und nicht-duale Ersatzmaßnahmen danach wieder abzubauen. Der Senat sollte die Sichtbarkeit beruflicher Bildung sowie die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung und ihre Gleichwertigkeit betonen. Dazu gehört die Schaffung von Azubiwohnraum und Azubivergünstigungen. Vorabquoten zu Studiengängen für beruflich Qualifizierte sollten zudem erhöht, berufliche Informations- und Beratungsangebote für Studienaussteiger verbessert und Bildungssackgassen geschlossen werden.

Steuerung bündeln

Damit der Ausbildungsmarkt resilienter auf Krisen reagieren kann, müssen Staat und Wirtschaft gemeinsam schnell und lösungsorientiert handeln. Ausbildungsangebote und Ersatzmaßnahmen müssen stadtweit abgestimmt sein und die Bedarfe des Marktes stets im Fokus behalten. Die dezentrale Organisation der beruflichen Bildung hat dies in der Vergangenheit erschwert. Berlin sollte diese (wieder) in einer Senatsverwaltung bündeln und eine übergeordnete Steuerungseinheit,

entsprechend des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung, einrichten. Ziel sollte es sein, Steuerung, Bildungsplanung, Personal und Schulentwicklung sowie Controlling und Öffentlichkeitsarbeit für die berufliche Bildung unter einem Dach zu bündeln.

Berufsschulen zukunftsfähig machen

Berufsschulen müssen im Sinne der Nachwuchsförderung attraktiv und zukunftsfähig werden. Dazu gehört, dass Oberstufenzentren (OSZ) zu Kompetenzzentren entwickelt und Berufsschulen aufgewertet werden. Der Senat sollte sich für eine höhere Eigenständigkeit und Flexibilität der OSZ einsetzen, damit die Kapazitätsplanung entlang der wirtschaftlichen Bedarfe unterjährig angepasst werden kann. Der Senat sollte Maßnahmen zur Aufwertung und Qualitätssteigerung des Berufsschullehramts ergreifen sowie die Personalausstattung langfristig auf rund 105 Prozent erhöhen. Die Digitalisierung muss gestärkt und die Lehre, analog wie digital, sichergestellt werden. Digitale Lernortkooperationen mit Ausbildungsbetrieben müssen ausgebaut und notwendige Weiterbildungen für Lehrkräfte durch eine Verordnung verpflichtend gestaltet werden.

FORDERUNGEN

- Berufliche und akademische Bildung gleichwertig und durchlässig gestalten
- Zuständigkeiten in der beruflichen Bildung in einer Senatsverwaltung bündeln und ein Institut für berufliche Bildung schaffen
- Berufsschulen zu attraktiven, leistungsstarken und zukunftsfähigen Lernorten machen

Drei von vier
Arbeitslosen unter
 25 Jahren haben **keinen
 Berufsabschluss.**

Informationen zum Digitalpakt Schule finden Sie im Wahlprüfstein (WPS)

Digitalisierung

ihk-berlin.de/wps-digitalisierung

Die Themen Schule und Weiterbildung

finden Sie im Wahlprüfstein (WPS)

Fachkräfte

ihk-berlin.de/wps-fachkraefte



Digitalisierungserfolge erzielen

In Zeiten konjunktureller Schwäche braucht es wirtschaftliche Gestaltungskraft und Widerstandsfähigkeit. Erfolge bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung sind dafür die wichtigste Grundlage. Der politische Wille ist dafür noch nicht stark genug – Arbeitsplätze, Wachstum und die Sicherung der Lebensqualität erfordern jedoch diese politische Priorisierung.

Klare Zuständigkeiten festlegen

Digitalpolitik muss Chefsache werden: Die zentrale Steuerung, Koordinierung und Umsetzung in der Senatskanzlei muss mit der Etablierung einer ressortübergreifenden Arbeitsstruktur einhergehen. Dazu braucht es neue Ämter wie die eines Staatssekretärs „Digitalisierung & Digitale Stadt“ (als CDO). Zusammen mit dem CIO, der bereits heute für die verwaltungsinterne IKT-Steuerung zuständig ist, sind damit zwei wichtige Ämter eindeutig mandatiert. Zielgerichtete Kapazitäten sind auch in den einzelnen Fachverwaltungen notwendig. Die Berliner Digitalstrategie muss dafür einen Rahmen, Ziele und Maßnahmen vorgeben.

Kommunale Unternehmen stärker einbinden

Landesakteure wie ITDZ, InfraLAB, CityLAB und Verwaltungsakademie werden für Digitalprojekte als Partner immer wichtiger. Landespolitische Strategien zu E-Government, Digitalisierung und Smart City sollten künftig mit den Strategiezielen der Landesunternehmen verzahnt werden.

Konnektivität als Puls der Stadt

Digitale Bedarfe wachsen schneller als die Verfügbarkeit der Infrastruktur. Eine Landes-Gigabitstrategie muss die Verdichtung bestehender und den Aufbau neuer Netztechnologien koordinieren. Messen lassen muss sich der Senat dabei an Fortschritten bei der Glasfaseranschlussquote (FTTB/H), die heute im niedrigen einstelligen Bereich liegt,

FORDERUNGEN

- Digitalpolitik zur Chefsache mit einem Chief Digital Officer in der Senatskanzlei machen
- Kommunale Unternehmen mit digitalpolitischem Auftrag ausstatten
- Glasfaserinfrastruktur ausbauen

bei der WLAN-Verdichtung sowie dem Ausbau von 5G- und Schmalbandinfrastrukturen.

Digitales Bürgeramt erforderlich

Die Digitalisierung von wirtschaftsnahen Verwaltungsleistungen muss mithilfe eines digitalen Bürgeramts beschleunigt werden. Dieses soll die komplett medienbruchfreie Abwicklung der jeweiligen Fachverfahren gewährleisten und sie digital verfügbar machen. In der Berliner Start-up- und Tech-Szene besteht großes Potenzial, dieses Angebot in Kooperation mit Praktikern aus der Wirtschaft zu entwickeln. Nutzerorientierung und Geschwindigkeit sollten dabei im Fokus stehen, um gegenüber internationalen Vorreitern aufzuschließen.

Gesundheit braucht Vernetzung

Berlins Position als Gesundheitsstadt und die digitalen Potenziale im Gesundheitsbereich öffnen der Nutzung ärztlicher Expertise und gesundheitsrelevanter Leistungen neue Wege. In Berlin-Brandenburg sollte ein konkretes länderübergreifendes Modellprojekt „Virtuelles Krankenhaus“ als leistungsfähiges IT-Netzwerk initiiert werden, in welchem hier ansässige spezialisierte Krankenhäuser und Akteure der Gesundheitswirt-

schaft effizient und patientenorientiert kooperieren können.

Bildung muss digitaler werden

Der Erfolg des neuen Senats misst sich an der effektiven Umsetzung des Digitalpakts Schule. Ein systematisches Controlling muss sicherstellen, dass alle Schulen an das Glasfasernetz angebunden und die Unterrichtsräume vernetzt sind. Zudem müssen Lehrkräfte dringend besser in der Anwendung digitaler Konzepte und im Umgang mit neuen Technologien geschult werden. Dazu gehört auch, dass die Berliner Lernplattform angemessen mit Personal und Infrastruktur ausgestattet wird und Schulen alternative gewerbliche Lösungen wählen können.

Mit Daten die Zukunft gestalten

In Berlin gibt es mit dem Open Data Portal bereits gute Ansätze: Diese müssen zwingend um eine Data Governance ergänzt, mit einer Urban Data Platform steuerbar gemacht und für evidenzbasierte politische Entscheidungen genutzt werden. Dabei müssen insbesondere Echtzeitdaten noch stärker aufgearbeitet und für den Betrieb der Stadt Anwendung finden.

Anlage 3 zum Protokoll: Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021



FORDERUNGEN

- Verwaltungsservices durch digitales Bürgeramt optimieren
- „Virtuelles Krankenhaus“ als leistungsfähiges IT-Netzwerk aufbauen
- Digitalpakt Schule erfolgreich umsetzen
- Städtische Daten öffnen, um mit Urban Data Plattform Prozesse zu steuern



Weitere Informationen zur Digitalisierung in der Berliner Verwaltung finden Sie im Wahlprüfstein (WPS) Verwaltung

ihk-berlin.de/wps-verwaltung

Weitere Informationen zur Digitalisierung in der Verwaltung finden Sie im Wahlprüfstein (WPS) Innovation & Wissenschaft

ihk-berlin.de/wps-inno-wissenschaft



Mit Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit die Nachhaltigkeit stärken

Berlin will seine CO₂-Emissionen bis 2050 um mindestens 95 Prozent senken. Für eine wirklich nachhaltige Politik sind Handlungsstrategien integriert zu betrachten. Die Berliner Wirtschaft bekennt sich zum Umwelt- sowie Klimaschutz und setzt auf eine nachhaltige, technologieoffene und innovationsfördernde Energie- und Umweltpolitik für die Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Metropol(energie)region stärken

Das Fundament zum Erreichen der Klimaziele sollte eine marktwirtschaftliche Lenkung über den CO₂-Preis sein. Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung setzt auf eine Vereinfachung des bestehenden Ordnungsrechts sowie auf die engere Verzahnung von Strategien und Maßnahmen mit Brandenburg. Zur Steigerung von Motivation und Akzeptanz muss die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion nach kommen.

BEK 2030 umsetzen

Trotz Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum konnten die Berliner CO₂-Emissionen bis 2019 um rund 40 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert und bezogen auf das Wirtschaftswachstum in den vergangenen 25 Jahren sogar deutlich mehr als halbiert werden.

Wesentliches Instrument zur Erreichung der Klimaziele ist das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) 2030, dessen Potenzial durch unzureichende Managementstrukturen nicht ausgeschöpft wird. Eine stärkere Fokussierung auf die Wärmewende durch Förderung energetischer Sanierungen privater Wohn- und Nichtwohngebäude und eine Umstellung auf klimafreundliche Wärmetechnologien sind dringend erforderlich.

Klimaneutrale Unternehmen fördern

Insbesondere die Wirtschaft hat durch Optimierungen in den Abläufen sowie Investitionen einen erheblichen Anteil an den positiven Entwicklungen. Diese Leistungen sollten anerkannt werden. Um kleine und mittelständische Unternehmen auf ihrem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen, sollte Berlin auf

FORDERUNGEN

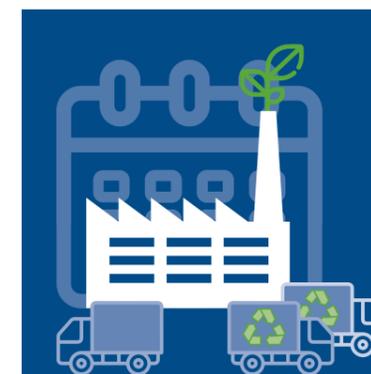
- Energie- und Klimapolitik mit Brandenburg gemeinsam gestalten
- Regionale Wasserstoffstrategie beschließen
- Dezentrale Energieversorgungslösungen stärken und Wärmewende konsequent vorantreiben
- Unternehmen auf dem Weg in die Klimaneutralität sachgerecht unterstützen

Information und Beratung auf allen Wertschöpfungsstufen setzen: von der Analyse und Bilanzierung des eigenen CO₂-Fußabdrucks über die Senkung vermeidbarer Emissionen bis hin zum Ausgleich unvermeidbarer Emissionen. Mehr noch: Berlin sollte als Reallabor für angewandten Klimaschutz über Landesgrenzen hinweg Maßstäbe setzen.

Klimawandel lenken, gemeinsame Wege denken

Nicht nur die Unternehmen müssen sich auf häufigere Wetterextreme besser einstellen. Es ist notwendig, durch gezielte Aufklärungsarbeit das Bewusstsein für den Klimawandel zu stärken, die klimatischen Belange stadtplanerisch zu berücksichtigen sowie Grünräume und Regenwasserbewirtschaftung zu qualifizieren. Extreme Hitzetage belasten z. B. das Klima und damit häufig auch die Gesundheit der Mitarbeiter und deren Produktivität.

Die Politik sollte für eine nachhaltigen Stadtentwicklung weitere Handlungsstrategie entwickeln und diese konsequent auf allen Planungsebenen fachübergreifend umsetzen. Die finanziellen Mittel sind dafür zur Verfügung zu stellen.



Zwei Drittel der Berliner Unternehmen planen trotz Corona, an ihren **Klimaschutzmaßnahmen** festzuhalten bzw. diese sogar **auszuweiten** oder **vorzuziehen**.

Online weiterlesen



Cluster Green Economy schaffen

Der Wirtschaftsstandort Berlin zeichnet sich durch eine Vielzahl an Firmen aus, die innovative Lösungen für die Energiewende und den Ressourcenschutz entwickeln. In einer nachhaltig aufgestellten, innovativen Green Economy liegt erhebliche Wachstumspotenzial. In der Schaffung eines Clusters Green Economy, das die sechs Leitmärkte Energieerzeugung, Ressourcen- und Energieeffizienz, Wasser- und Kreislaufwirtschaft sowie nachhaltige Mobilität erschließt, sie miteinander vernetzt und dadurch Synergien für Wachstum und Beschäftigung schafft, liegt ein Hebel für mehr Umwelt- und Klimaschutz.

Ressourcen schonen, Stoffkreisläufe schließen

Die Versorgung mit Rohstoffen und ein sparsamer Umgang mit ihnen sind wichtige Bausteine wirtschaftlicher Tätigkeit. Eine leistungsfähige Kreislaufwirtschaft ist Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum. Berlin setzt mit dem aktuellen Abfallwirtschaftskonzept richtige Impulse für ihre Weiterentwicklung. Um weitere Potenziale zu heben, bedarf es neben einer effektiven Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung einer effizienten Entsorgung von Siedlungsabfällen sowie der stärkeren Einbindung der Privatwirtschaft.

FORDERUNGEN

- Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge bei Starkregen erarbeiten und umsetzen
- Unternehmen für Klimaanpassungsmaßnahmen sensibilisieren und diese fördern
- Vorbildfunktion bei der öffentlichen Gebäudesanierung und Dachbegrünung wahrnehmen
- Stoffkreisläufe schließen und Recycling fördern
- Green Economy fördern: Innovations- und Clusterstrategie unterstützen



Effizienten und nachhaltigen Wirtschaftsverkehr ermöglichen

Multimodaler Verkehr schont das Klima und schafft mehr Kapazität für den Wirtschaftsverkehr. Dafür braucht es mehr ÖPNV, sichere Rad- und Gehwege, neue Mobilitätsangebote und aktives Parkraummanagement. Der Wirtschaftsverkehr benötigt zudem: Autobahn- und Brückensanierung, Lieferzonen, Mikrodepots, E-Ladeinfrastruktur, Baustellenkoordination und die TVO.

Verkehrsinfrastruktur sichern

Ohne Logistik und Lkw-Verkehr kann in Berlin nicht eingekauft, produziert, gebaut, gepflegt oder Müll entsorgt werden. Es gilt daher, Straßennetze und Straßenräume für ein sicheres Neben- und Miteinander von Wirtschaftsverkehr und Umweltverbund umzugestalten. Um die Gesamtfunktion zu sichern, muss nun endlich ein zukunftsfester Verkehrsentwicklungsplan beschlossen werden.

Verkehrsnetze sanieren und Lücken schließen

Damit die Stadt weiter und besser funktionieren kann, müssen die Verkehrsnetze saniert und weiterentwickelt werden, nicht nur die maroden Autobahnabschnitte vom Dreieck Funkturm bis zur A111. Mit der TVO ist endlich eine klaffende Verkehrslücke zu schließen.

Entwicklungsgebiete wie der Blankenburger Süden oder der frühere Flughafen Tegel müssen bedarfsgerecht erschlossen werden.

Wirtschafts- und Radverkehr sicher integrieren

Eine Mobilitätswende gelingt mit mehr U- und S-Bahnen, mehr E-Ladesäulen sowie mehr und sanierten Radwegen. In Geschäftsstraßen sollten neue Fahrradbügel entstehen, etwa anstelle von Dauerparkplätzen. Um Abbiegeunfälle zu verhindern, braucht es neben mehr Verkehrsdisziplin auch breite Aufstellräume für Radfahrer vor Ampeln. Wie die ungeplanten Pop-up-Radwege gezeigt haben, braucht es für einen sicheren Verkehr vor allem Lieferflächen.

FORDERUNGEN

- ÖPNV-Angebot ausbauen, Radverkehr und neue Mobilität fördern
- Mikrodepots und Paketstationen zur Quartiersbelieferung aufbauen

Anlage 3 zum Protokoll: Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021



Auch fehlt es an innovativen Lösungen wie Mikrodepots für die wachsende Paketbelieferung sowie an Sonderparkberechtigungen für Dienstleister.

Wirtschaftsverkehr mitnehmen

Um klimaneutral zu werden, braucht Berlin besonders klimaschonende Kfz-Antriebe. Gerade bei großen Nutzfahrzeugen wird das Angebot aber noch länger zu klein bleiben. Da der Wirtschaftsverkehr auch in Zukunft auf das Kfz angewiesen sein wird, sind Fahrverbote hier der falsche Weg. Auch durch neue Regulierungen, etwa beim Sharing, oder durch zusätzliche Preismechanismen, etwa eine City-Maut, dürfen keine zusätzlichen Belastungen für die Unternehmen entstehen. Durch strengere Abgasnormen werden Dieselfahrzeuge deutlich sauberer.

Zudem gibt es mit Parkraumbewirtschaftung und steigenden Spritpreisen durch eine CO₂-Bepreisung lenkende Maßnahmen. Vielmehr sollte die Politik den Wirtschaftsverkehr stärker in den Blick nehmen.

Es gilt, ökonomisch und ökologisch tragfähige Handlungsoptionen, wie eine Fokussierung auf Wasserstoff im Schwerverkehr, aufzuzeigen und das seit vielen Jahren angekündigte Integrierte Wirtschaftsverkehrskonzept zu verabschieden.

Fördern statt fordern

Die Berliner Wirtschaft kann nur wettbewerbsfähig sein, wenn klimapolitische Zukunftsfelder und Schlüsseltechnologien systematisch und strategisch vorangetrieben und gefördert werden. Dazu braucht es Erfindergeist, Versuchsfelder und Leitmärkte. Die Politik sollte deshalb innovative Mobilitätslösungen, alternative Antriebe sowie betriebliches Mobilitätsmanagement technologieoffen fördern.

FORDERUNGEN

- Lieferzonen und E-Ladesäulen einrichten und regelmäßig freihalten
- Unverhältnismäßige Straßenverkehrsregulierungen vermeiden
- Mit Stadtautobahn und Tangentialverbindung Ost die Innenstadt entlasten
- Klare Abgrenzung zwischen Taxi- und Mietwagenverkehr durchsetzen
- Flughafen BER und seine Verkehrsanbindung fit machen
- Parkberechtigungen für Betriebsfahrzeuge bedarfsgerecht erteilen

Der **Berliner Verkehr** bewegt sich bereits Richtung **Umweltverbund**: Immer mehr Menschen nutzen Rad, ÖPNV oder gehen zu Fuß – der **Kfz-Verkehr nimmt ab**.

Online weiterlesen





Wohnungsbau erleichtern – Gewerbe sichern, Quartiere stärken

Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam den Wohnungsneubau gestalten. Gleichzeitig muss das Angebot an Gewerbeflächen und Infrastruktur mitwachsen. Die Bezirke brauchen verbindliche Konzepte zur Flächensicherung. Bei den innerstädtischen Quartieren müssen die Nutzungsmischungen gestärkt und z. B. durch touristische Leitsysteme ergänzt werden.

Gemeinsam für mehr Wohnraum

Die Errichtung neuen Wohnraums kann nur gemeinsam mit der privaten Wohnungswirtschaft gelingen. Die Politik muss auf die Immobilienbranche zugehen, damit die Engpässe am Berliner Wohnungsmarkt in den nächsten fünf Jahren geschlossen werden können. Aktuell legen viele Unternehmen ihre Planungen auf Eis, weil nicht klar ist, wie Investitionen in Berlin politisch künftig akzeptiert werden.

Neben der Errichtung von bezahlbaren Mietwohnungen für alle Einkommensgruppen muss es auch ein Angebot an bezahlbaren Eigentumswohnungen geben. Denn attraktiver Wohnraum ist ein wesentlicher Standortfaktor im Wettbewerb um Fachkräfte und Selbstständige.

Eingriffe verringern

Anstatt die Anreize für den privaten Wohnungsbau immer weiter zu senken, müssen die grundlegenden Voraussetzungen für einen nachhaltigen Wohnungsbau gelegt werden. Die Rahmenbedingungen der letzten Jahre haben nicht zu einer Erleichterung des Wohnungsbaus geführt. Restriktiveres Baurecht (z. B. Hochhausleitbild), vermehrter Ausweis von Milieuschutzgebieten, Mietendeckel, Vorkaufsrecht, strengere Kooperationsvereinbarungen für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und drohende Enteignungen von Immobilienkonzernen wirken sich negativ auf die Neu- und Ausbauaktivitäten der Bau- und Immobilienwirtschaft aus und verschlechtern den Ruf des Wirtschaftsstandorts. Eine moderne Metropole sollte alle Beschleunigungspotenziale beim

FORDERUNGEN

- Eingriffe in den Wohnungs- und Mietmarkt unterlassen
- Angebotspalette erweitern, auch mit Eigentumswohnungen
- Durch neue Formen der Nutzungsmischung das Immobilienangebot erweitern

Wohnungsbau nutzen – sie braucht einheitliche Vorgaben bei Planungsprozessen, ausreichendes Personal in den Planungsämtern und vereinfachte Bedingungen, um höher und dichter bauen zu können.

Innerstädtische Quartiere stärken

Berlins Attraktivität für Bewohner und Touristen besteht nicht in seiner Größe, sondern in seiner Vielfalt. Die lebendigen Zentren und Nutzungsgemischten Quartiere sind die Bühnen zur Darstellung dieser Vielfalt. Handel, Gastronomie, Kultur, Dienstleistungen oder öffentliche Einrichtungen beleben sich gegenseitig in den Geschäftsstraßen sowie den umliegenden, charakteristischen Berliner Kiezen. Veränderungen wie der Online-Handel, steigende Mieten, die Verkehrswende und nicht zuletzt Corona sind die aktuellen Herausforderungen, an denen die Berliner Zentren zeigen werden, dass sie einer der Grundpfeiler der Berliner Wirtschaft sind. Der Verödung innerstädtischer Quartiere ist entgegenzuwirken. Die lokalen Akteure vor Ort brauchen in Politik und Verwaltung verlässliche Partner, mit denen sie die Zukunft für ihre Quartiere und deren Gäste gestalten können. Öffentliche WLAN-Hotspots, touristische Leitsysteme oder vereinfachte

Anlage 3 zum Protokoll: Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021



Genehmigungen von Ladezonen und Fahrradstellplätzen vor Geschäften sind Beispiele, an denen sich das neue Miteinander messen lassen muss.

Verdrängung von Gewerbe verhindern

Berlins Wirtschaft benötigt Platz. Die in den letzten Jahren immer knapper werdenden Flächenpotenziale haben dazu geführt, dass Nutzungskonkurrenzen entstanden sind und sich die Immobilien- und Mietpreise stark erhöht haben. Zu den Folgen gehört auch, dass bestimmte gewerbliche Nutzungen in Zentrumsnähe keine bezahlbaren Flächen mehr finden; etablierte Berliner Unternehmen aus fast allen Branchen werden somit ihrer Zukunftsperspektiven beraubt und Ansiedlungswilligen fehlt das passende Angebot für ihren Berlin-Auftritt. Der Wirtschaftsstandort Berlin benötigt einen sicheren Fahrplan für ausreichenden und bezahlbaren Gewerberaum. Der Weg dorthin beginnt mit einer vorausschauenden Flächenplanung und -ausweisung, führt über neue Ansätze von Angeboten und Arealen, der Verdichtung und Nutzungsmischung und bietet schließlich jedem Unternehmen und seinen Kunden den passenden Standort zu einem realistischen Preis.

FORDERUNGEN

- Strategische und proaktive Flächenhaushaltspolitik für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur entwickeln und umsetzen
- Gewerbebaubeauftragten beim Regierenden Bürgermeister einführen
- Standortkooperationen fördern



Wenn sich das **Tempo** beim Wohnungsbau **nicht erhöht**, wird der **Fachkräftezug** in den kommenden Jahren deutlich **erschwert**.

Online weiterlesen





Der Verwaltung einen Modernisierungsschub geben

Berlin ist mit dem Zukunftspakt Verwaltung mutige Reformschritte gegangen, doch wesentliche strukturelle Vorhaben sind verschleppt worden – nicht nur im digitalen Bereich, sondern auch bei Aufgabenzuschnitt und Arbeitgeberattraktivität. Die Berliner Unternehmen warten seit Jahrzehnten auf entsprechende Erfolge der Verwaltungsmodernisierung, die für das wirtschaftliche Wachstum der Hauptstadt unverzichtbar sind.

Aufgabenteilung von Senat und Bezirken

Berlin braucht eine erkennbare Steuerungsverantwortung auf und zwischen den Verwaltungsebenen. Der Senat muss über die richtigen Instrumente verfügen, um bei gesamtstädtischen Aufgaben die einheitliche Umsetzung steuern zu können. Notwendig ist aber auch der politische Wille, diese Steuerung umzusetzen. Senat und Abgeordnetenhaus müssen sich der Aufgabe stellen, die Struktur der Berliner Verwaltung den Anforderungen einer Einheitsgemeinde anzupassen. Aufgaben und Zuständigkeiten müssen klar verteilt werden. Die gegenseitige Blockade zwischen Senat und Bezirken bei einer Vielzahl von Projekten darf das Wachstum von Stadt und Wirtschaft nicht weiter hemmen. Die Beendigung der „organisierten Verantwortungslosigkeit“ ist oberstes Gebot der Strukturoptimierung.

Effektiv Regieren auf allen Ebenen

Die Zuständigkeit für komplexe und ressortübergreifende Politikfelder wie die Digitalisierung muss zentral in der Senatskanzlei angesiedelt werden. Dies stärkt die Gestaltungskraft des Regierenden Bürgermeisters und vermeidet die Verschleppung wichtiger stadtweiter Projekte durch zersplitterte Zuständigkeiten. Gleichzeitig muss die Rolle der Bezirksbürgermeister gestärkt werden, indem sie mit der Kompetenz ausgestattet werden, in Konfliktfällen final entscheiden zu können. Dies würde eine Bezirkspolitik aus einem Guss ermöglichen und Kompetenzstreitigkeiten auflösen.

FORDERUNGEN

- Klare Zuständigkeitsregelungen zwischen Senat und Bezirken definieren
- Fachaufsicht des Senats gegenüber den Bezirken wieder einführen
- Bezirksbürgermeister mit Weisungsbefugnissen ausstatten
- Attraktive und einheitliche Arbeitgebermarke für die Berliner Verwaltung entwickeln

Anlage 3 zum Protokoll: Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021



Frischer Wind für die Personalkultur

Die Verwaltung braucht frische Kräfte und eine neue Führungs- und Personalkultur. Hierzu gehören neben einer Angleichung des Entgeltniveaus auch Aufstiegsperspektiven, flexible Arbeitszeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie nicht zuletzt auch ein gutes Betriebsklima.

Im Wettbewerb um qualifiziertes Personal muss die Berliner Verwaltung sich für neue Bewerbergruppen öffnen und auch Quereinsteigern attraktive Angebote machen. Potenzielle Bewerber müssen die Berliner Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber erleben. Bei der Gewinnung neuer motivierter Mitarbeiter ist es außerdem wichtig, die Berliner Verwaltung als eine einheitliche Arbeitgebermarke mit Wiedererkennungswert zu etablieren und sichtbar zu machen.

Wirtschaftlich und kundenfreundlich

Die Berliner Verwaltung braucht einen neuen Leistungsanspruch in der Kundenfreundlichkeit. Soll sich die öffentliche Verwaltung zu einem Standortvorteil und Aushängeschild einer weltoffenen und wirtschaftsfreundlichen Metropole entwickeln, müssen Nutzerfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit der angebotenen Leistungen optimiert werden.

Datengestützte Prozesse in der Verwaltung müssen konsequent vom Kunden aus gedacht und prozessual verschlankt werden und dürfen nicht rein auf den elektronischen Zugang zu Verwaltungsinformationen und Serviceleistungen reduziert werden. Vielmehr müssen mit Hilfe einer Reihe verschiedener Maßnahmen aus den Bereichen Qualitätsmanagement, Controlling und Zielvereinbarung Prozesse verbessert und einem nachhaltigen Monitoring unterzogen werden. Auch Leistungsvergleiche und die gezielte Analyse nationaler und internationaler Erfolgsbeispiele können Ansätze bieten.

FORDERUNGEN

- Stellenbesetzungsverfahren weiter verkürzen und Anzahl unbesetzter Stellen bis zur Hälfte der neuen Legislaturperiode halbieren
- Verwaltungsservices durch digitales Bürgeramt optimieren
- Kunden- und Unternehmensfreundlichkeit nach konkreten Kriterien bewerten und Zielvorgaben festlegen

Rund ein Jahr nach Beginn der Corona-Krise verfügte die **Berliner Verwaltung** über **ca. 12.500 VPN-Tunnel** bei 120.000 Mitarbeitern.

OnLine weiterlesen





Innovationen made in Berlin zum Wachstumstreiber machen

Innovative Firmen und eine exzellente Forschungs- und Wissenschaftslandschaft bilden herausragende Standortfaktoren der Stadt. Das Potenzial liegt u. a. in der Steigerung industrieller Wertschöpfung, die entscheidend zu technologienahem Wachstum beiträgt. Auch die öffentliche Hand kann als Anwender innovativer Produkte und Dienstleistungen davon profitieren.

Politischer Handlungsrahmen

Der Know-how-Transfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft braucht eine stringente Steuerung unter eindeutiger politischer Verantwortung. In dieser Zuständigkeit muss die Entwicklung einer Transferstrategie oben auf der Agenda stehen, um einen gemeinsamen Handlungsrahmen für die Ziele der Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg sowie die Wissenschaftsleitlinie Brain-City im Bereich Transfer abzustecken.

Für die Beratung von Politik und Verwaltung sowie zur Bündelung, Steuerung und Umsetzung von Transferinitiativen soll ein Beirat gebildet werden, der als Schnittstelle zwischen den drei Akteuren Politik, Wirtschaft und Wissenschaft agiert.

Hochschultransfer fördern und messen

Über die Hochschulverträge hat es Berlin in der Hand, mehr Anreize für den Transfer als dritte Säule neben Forschung und Lehre zu setzen. Damit Forschungsergebnisse zügig in Anwendung kommen, müssen über die Hochschulverträge die Career-, Gründer- und Transferservices grundfinanziert und der Einsatz von Transferscouts als aktive Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft als Qualitätsstandard etabliert werden. Der Grad der Zielerreichung im Transfer muss auf Basis eines Indikatorensystems messbar sein. Er muss die Höhe der Landeszuschüsse zur Hochschulfinanzierung beeinflussen und eine steigende Kooperationsbilanz mit der (mittelständischen) Wirtschaft honorieren. Dafür muss das Land finanzielle Vorsorge treffen.

FORDERUNGEN

- Technologietransfer aus einer Hand politisch steuern und strategisch ausrichten
- Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft über Hochschulverträge fördern und messen
- Know-how zu Märkten und Technologien in der öffentlichen Beschaffung sicherstellen

Anlage 3 zum Protokoll: Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021



Verwaltung mit Innovations-Know-how

Verwaltung und öffentliche Strukturen können nur an innovativen Lösungen aus Wirtschaft und Wissenschaft partizipieren, wenn die für die Beschaffung zuständigen Mitarbeiter wissen, was der Markt zu bieten hat. Für einen nachhaltigen Know-how-Aufbau bedarf es belastbarer Weiterbildungsangebote der Verwaltungsakademie und direkter Austauschformate mit der Wirtschaft zu aktuellen Technologietrends. Beides sind notwendige Grundlagen für Investitionen der öffentlichen Hand in innovative Produkte und Services.

Mehr Produktion, mehr Wertschöpfung

Nur mit einem starken und wettbewerbsfähigen produzierenden Gewerbe können technologienaher Wertschöpfung und Beschäftigung in Zukunftsbereichen in ausreichendem Maß erreicht werden. Über einen integrierten industriepolitischen Ansatz ist sicherzustellen, dass die Förderung des produzierenden Gewerbes in allen politischen Ressorts berücksichtigt wird. Die Grundlage müssen die Fortschreibung des Masterplans Industrie (MPI) sowie die Weiterführung des Steuerungskreises Industriepolitik (SKIP) bilden. Dabei müssen dem MPI messbare Ziele zugrunde liegen, und er

muss stärker als Gremium für konkrete Entscheidungen in Erscheinung treten. Dies ist umso wichtiger, da krisenbedingte Einbrüche in Gastronomie und Tourismus kompensiert und der Standort durch eine starke industrielle Basis krisenfester gemacht werden müssen.

Produktionskapazitäten ausbauen

Die Liefer- und Versorgungsengpässe der Gesundheitswirtschaft während der Pandemie haben gezeigt, dass bei der strategischen Versorgung mit Arzneimitteln und anderen Medizinprodukten hohe Abhängigkeit von Drittstaaten besteht. Solche Engpässe in Zukunft zu verhindern, muss also in Vorbereitung auf eine weitere Krise Priorität haben. Hierzu müssen Anreize zur Rückverlagerung von entscheidenden Teilen der Wirkstoffproduktion nach Deutschland sowie dessen Entwicklung am Standort geschaffen werden, um die Versorgungssituation sicherzustellen und industrielle Beschäftigung auszubauen. Agiert die Tierschutzkommission in einer Misstrauenskultur gegenüber forschenden Unternehmen, schadet das dem Innovationsstandort. Hier muss politische Verantwortung greifen, damit Unternehmen der Gesundheitswirtschaft nicht abwandern.

FORDERUNGEN

- Industriepolitische Leitlinien in allen wirtschaftsrelevanten Politikressorts verankern
- Masterplan Industriestadt Berlin fortschreiben und weiterentwickeln
- Steuerungskreis Industriepolitik fortsetzen
- Liefer- und Versorgungsengpässe verhindern – Beispiel Gesundheitswirtschaft



Informationen zum „Virtuellen Krankenhaus“ finden Sie im WPS Digitalisierung ihk-berlin.de/wps-digitalisierung



Standortpolitik unternehmensnah gestalten

Berlin war vor der Corona-Krise ein Paradebeispiel für das Zusammenspiel von wirtschaftlichem Erfolg und steigender Attraktivität eines Standorts. Das Unternehmertum wird der Stadt auch in Zukunft wieder neue Impulse verleihen, wenn wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen und Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen vermieden werden.

Metropolregion

Berlin-Brandenburg stärken

In kaum einer anderen deutschen Metropolregion sind Unternehmen und Arbeitsmärkte zweier Bundesländer ähnlich eng verflochten wie in der Hauptstadtregion. Mit einem gemeinsamen Metropolraummanagement beider Länder kann die Entwicklung der Region auf allen Ebenen gemeinsam gedacht und angegangen werden. Insbesondere in den Themenfeldern Bildung, Wohnen, Verkehr, Energie und Klimaschutz, der Ansiedlung von Unternehmen sowie der Digitalisierung müssen gemeinsame Vorhaben vereinbart und messbare Ziele vereinbart werden.

Start-ups sowie Grown-ups mit etablierten Unternehmen vernetzen

Start-ups sowie Grown-ups, etablierte Unternehmen und Wissenschaft

benötigen mehr Orte als bisher, an denen persönliches Kennenlernen und gemeinsames Arbeiten möglich sind. Dafür müssen Flächen in attraktiver Lage und mit moderner Infrastruktur entwickelt werden – auch in Kooperation mit interessierten ressourcenstarken Unternehmen. Die Landespolitik muss einen positiven Bezug zu expansionswilligen Unternehmen, zumal aus der Tech-Szene, entwickeln und bei diesen für den Standort werben. Auch für KMUs, die Company Builder aufbauen wollen, muss Berlin als Standort der ersten Wahl etabliert werden.

Darüber hinaus gilt es, die Gründungsförderung mit erheblich größeren Mitteln als bisher auszustatten und den Finanzierungsrahmen über mehrere Jahre zu sichern.

FORDERUNGEN

- Metropolraummanagement beider Länder implementieren
- Tourismuskonzept in eine Post-Corona-Wachstumsstrategie überführen
- Clusterpolitik intensivieren

Auf soziale Marktwirtschaft setzen

Die mittel- bis langfristige Überwindung der Krise muss an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichtet sein. Die Corona-Krise hat zwar gezeigt, dass bestimmte staatliche Markteingriffe wie finanzielle Soforthilfen oder die Aussetzung von Insolvenzantragsfristen in Krisensituationen notwendig werden. Fehlentwicklungen wie z. B. fehlender Wohn- und Gewerberaum haben ihre Ursache aber weder in der Pandemie noch in einem Marktversagen, sondern in politischen Entscheidungen. Rechtliche, politische und finanzielle Einflussnahmen des Senats dürfen nicht zum Nachteil privater Investoren werden. Eine Willkommenskultur für Unternehmen ist für den wirtschaftlichen Erholungsprozess unabdingbar.

Finanzpolitik ohne Steuererhöhungen

Mit mehr als einer Billion Euro stemmen sich Bund und Länder gegen die Corona-Krise. Auch Berlin nimmt neue Schulden zur Abmilderung der Notlage auf. Steuererhöhungen wie eine Vermögenssteuer dürfen nicht das Mittel der Wahl sein, um Haushaltslücken zu schließen. Intelligente Steuerreformen – insbesondere im Bereich der Unternehmenssteuern – können dazu führen, öffentliche Haushalte nicht zu belasten und gleichzeitig Unternehmen

zu entlasten. Das Beispiel Grundsteuerreform zeigt, dass auch auf Länderebene einfache Modelle möglich sind. Andere Bundesländer wie Hamburg oder Bayern werden eine Vereinfachung der Berechnungsgrundlage durchführen und so die Belastung der Betriebe reduzieren – Berlin spricht sich hingegen für ein kompliziertes Bewertungsmodell aus.

Auslandsgeschäft neu ausrichten

Der Berliner Außenhandel ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Insbesondere Unternehmen der Berliner Zukunftsbranchen sind im Auslandsgeschäft gut aufgestellt. In den weltweit wirtschaftlich unsicheren Corona-Zeiten benötigen Berlins international tätige KMU und Start-ups Unterstützung, um ihr Auslandsgeschäft neu auszurichten: Dafür muss zum einen die Arbeit der Berliner Wirtschaftsbüros in China und den USA evaluiert und ihr Serviceportfolio für Berliner Unternehmen bedarfsorientiert angepasst werden. Zum anderen müssen neue förderbare Maßnahmen in das Förderprogramm für Internationalisierung aufgenommen werden, z. B. länderspezifische Beratungsleistungen oder Marktstudien vor Ort, die das Geschäft der Berliner Unternehmen direkt im Ausland unterstützen.

Anlage 3 zum Protokoll: Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021



FORDERUNGEN

- Enteignung von privatem Wohneigentum verhindern
- Unternehmen entlasten durch Grundsteuerreform nach Flächenmodell
- Berliner Außenwirtschaft mit neuen Fördermaßnahmen beim Re-Start unterstützen



OnLine weiterlesen





Herausgeber

IHK Berlin
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
Telefon +49 30 31510-0
www.ihk-berlin.de

Redaktionsschluss

Februar 2021

Bildnachweise

Titel: © querbeet – iStockphoto.com | Seite 6: © FG Trade – iStockphoto.com | Seite 8: juripozzi – iStockphoto.com | Seite 10: © TommL – iStockphoto.com | Seite 12: © zapp2photo – Fotolia.com | Seite 14: © IGphotography – iStockphoto.com | Seite 16: © RICOWde - gettyimages.com | Seite 18: © simonkr – iStockphoto.com | Seite 20: © martin-dm – iStockphoto.com | Seite 22: © sturti – iStockphoto.com | Seite 24: © golero – iStockphoto.com

Grafiknachweise

Seite 7: © Senatsverwaltung für Finanzen, eigene Berechnungen | Seite 9: © Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Berlin-Brandenburg 2020 | Seite 11: © Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Berlin-Brandenburg 2020 | Seite 13: © DIHK Digitalisierungsumfrage 2020 | Seite 15: © IHK Energiewendebarmeter 2020 | Seite 17: © System repräsentativer Verkehrsbefragungen, Institut für Verkehrsplanung und Straßenverkehr, TU Dresden | Seite 19: © E-Government-Bericht, Stand Oktober 2020 | Seite 21: © Senatsverwaltung für Inneres und Sport | Seite 23: © Gründungsumfrage 2020 | Seite 25: © Bundesagentur für Arbeit

Lektorat

Berit Sörensen
berit.soerensen@gmx.net

